

Wien braucht eine starke linke Opposition

Seit November 2010 regiert in Wien eine Koalition aus SPÖ und Grünen. Als linke Opposition messen wir auch diese Regierung an ihren Taten und an ihren Unterlassungen. Wenn wir also auf die letzten 4 ½ Jahr zurück blicken, so ist also vor allem die Frage zu beantworten, ob das Leben für die große Mehrheit der Menschen in Wien in den letzten Jahren einfacher und leistbarer geworden ist.

Eine Gesamtbewertung der Rathauspolitik der letzten Jahre ist unter diesem Gesichtspunkt leider einfacher als dies zu Beginn der Zusammenarbeit von SPÖ und Grünen erwartet werden konnte: Auch die Grünen versuchen nun, da Sie in der Stadtregierung sind, politische Erfolge durch gekonnte PR herbei zu schreiben. Den Tatsachen entspricht die grüne Propaganda nicht.

Besonders stolz sind Vizebürgermeisterin Vassilakou und ihr Team auf die Öffi-Jahreskarte, die 365,- Euro kostet - von einem "Meilenstein für eine ökologische und soziale Verkehrspolitik" wird gesprochen. Frechheit siegt, ist offenbar das Motto der grünen Spitzenfunktionäre. Denn der Verbilligung der Jahreskarte stehen drastische Erhöhungen des Einzelfahrscheins, der erst mit Anfang Juli 2014 neuerlich verteuert wurde, gegenüber. Der Preis eines Einzelfahrscheins hat sich in Wien seit 2002 um sagenhafte 83 Prozent verteuert - was weder mit der Inflationsrate noch mit Kostensteigerungen der Wiener Linien begründbar ist. Und auch die Preise für 8-Tages Klimakarten, Wochen- und Monatskarte sind angestiegen.

Und Tatsache ist: zentrales Wahlversprechen der Grünen, welches gebrochen wurde, war: 1 Euro für einen Einzelfahrschein, 10 Euro für eine Monatskarte, 100 Euro für eine Jahreskarte.

In Erinnerung zu rufen ist zudem, dass Jahr 2011 das Jahr war, in welchem die rot/grüne Stadtregierung drastische Gebührenerhöhungen auf dem Rücken der Mehrheit der Wiener Bevölkerung durchgezogen hat. Die Wassergebühr wurde um 33 Prozent erhöht, die Kanal- und Müllgebühr um 6 Prozent, die Kosten für das Abschleppen eines PKWs um 26 Prozent, die Kurzparkgebühren um satte 65 Prozent, obwohl diese erst 2007 um 50 Prozent angehoben worden waren, die Hundesteuer um 66 Prozent. Und auch [die](#)

Gaspreise wurden, obwohl Wien Energie jährlich satte Gewinne schreibt, 2011 um sagenhafte 28,7 Prozent erhöht.

Die Argumente der SPÖ, mit welchen diese Verteuerungen begründet werden, sind oft an den Haaren herbeigezogen. Der Behauptung von SPÖ-Klubchef Schicker, beim "Wasser beispielsweise führte die seit 1995 nicht erfolgte Preisanpassung zu Mindereinnahmen von 500 Millionen Euro", steht ein Rechnungshof-Prüfbericht aus dem Jahre 2010 gegenüber, in welchem es unzweideutig heißt: "Die Stadt Wien führte die in den Jahren 2005 bis 2007 erzielten Überschüsse aus den Gebührenhaushalten Kanal, Wasser und Abfall in Höhe von rd. 390 Mill. EUR nicht zweckgebundenen Rücklagen für zukünftige Investitionen zu, sondern verwendete sie für den allgemeinen Haushalt. Trotz der Erzielung von Überschüssen wurde der Gebührenzahler mit zusätzlichen Fremdkapitalkosten belastet. Für die festgelegten Abwasser-, Wasser- und Müllgebühren lagen keine schlüssigen Kostenkalkulationen vor." Mit 1. Jänner 2014 wurden die Gebühren für Kanal, Wasser und Müll übrigens erneut um 4,1 Prozent erhöht.

SPÖ-Klubchef Schicker behauptet übrigens auch, die Gaspreisbildung liege nicht in der Wiener Landeskompetenz. Faktum ist aber, dass sich Wien Energie, die die Letzt-Verbraucherpreise festsetzt, zu 100 % im Eigentum der Stadtwerke befindet, welche sich wiederum zu 100 % im Eigentum der Gemeinde Wien befindet. Und Faktum ist, wie einem Kontrollamtsbericht aus 2010 zu entnehmen ist: "Die WIEN ENERGIE Vertrieb GmbH & Co KG lag im Vergleich zu 16 bedeutenden österreichischen Stromanbietern mit den Preisen ihrer Produktmarke "Optima" bis November 2008 im oberen Mittelfeld und danach im Spitzenfeld österreichischer Stromanbieter."

Übrigens: hatten die Wiener Grünen einst noch wortreich erklärt, warum Gebühren-Erhöhungen vor allem finanziell schwächer gestellte Menschen überproportional belasten, so herrscht nun Schweigen im Walde, obwohl in Wien fast 400.000 Menschen armuts- bzw. ausgrenzungsgefährdet sind.

Auch beim Thema Wohnen lautet das grüne Motto „tarnen und täuschen“. Alle paar Monate entdecken die Grünen das Thema leistbares Wohnen - ein Gesetz zur Begrenzung der Mieten muss jedoch von der SPÖVP-Regierung ausgearbeitet und vom Parlament beschlossen werden. Statt Spiegelfechtereien könnten SPÖ und Grüne in Wien – auch in diesem Bereich – selbst tätig werden.

Es gibt z.B. absolut keinen Grund dafür bei der Neuvermietung von Gemeindewohnungen – immerhin rund 10.000 pro Jahr - das wesentlich teurere Richtwertsystem zur Anwendung zu bringen. Es gibt absolut keinen Grund, dass Mietzinserhöhungen, die vom Gesetz erlaubt aber nicht zwingend sind, im Gemeindebau in Kraft treten. Und es ist eine politische Bankrott-Erklärung, dass 2004 die letzte Gemeindebau-Wohnung fertig gestellt wurde und es auch im rot-grünen Regierungsabkommen von 2010 kein Bekenntnis zum Bau von Gemeindewohnungen durch die Stadt Wien gibt.

Was unter sozialer Wohnbau, der durch die Gemeinde unterstützt wird, läuft beeindruckt höchstens durch die unglaublichen Kosten. Wenn bei einer geförderten Mietwohnung die Eigenmittel zwischen 450 und 550 Euro/m² liegen und zugleich die monatlichen Kosten pro qm immer noch 6-8 Euro (inkl. Betriebskosten und Umsatzsteuer) betragen, so stellt sich die Frage, wer sich so etwas leisten kann. Zwar kann ein Darlehen des Landes Wien beansprucht werden, das sogenannte Eigenmittlersatzdarlehen. Ein Rechtsanspruch auf das Darlehen besteht jedoch nicht.

Gleiches Thema, andere Baustelle: Gegenwärtig erhält die Wohnbeihilfe der Stadt Wien nur, wer ein Mindestnettoeinkommen von 794,81 Euro pro Monat vorweisen kann. Viele Jugendliche und junge Menschen, aber auch andere Menschen sind aufgrund eines sehr geringen Einkommens daher nicht berechtigt, Wohnbeihilfe zu beanspruchen. Was spricht eigentlich dagegen das Einkommenslimit für den Erhalt von Wohnbeihilfe auf den Betrag einer geringfügigen Beschäftigung abzusenken?

Wien ist eine lebens- und liebenswerte Stadt, aber

Wien ist ohne Zweifel eine lebens- und liebenswerte Stadt, aber auch in Wien wird die soziale Situation für hunderttausende immer schlimmer. Ja - Österreich steht, z.B. was die Arbeitslosigkeit betrifft, im Vergleich zu anderen europäischen Ländern gut da. Aber Wien schafft allmonatlich neue Negativ-Rekorde bezüglich der Arbeitslosenrate. Da nutzt es dann auch den mehr als 130.000 Betroffenen nichts, wenn es in München, London oder Paris noch schlimmer ist. Ja – Österreich steht, was die Armutgefährdung von Menschen betrifft, relativ gut da. Aber Tatsache ist zugleich: Beträgt - laut offiziellen Daten - die Armut-/Ausgrenzungsgefährdungsquote österreichweit 18,1 Prozent, so liegt die selbige Quote in Wien bei 27,7 Prozent.

Wenn Rot-Grün sich für die höchste Kindermindestsicherung in ganz Österreich lobt, so verschweigen Vassilakou und Ellensohn, dass die Grünen einst viel höhere Mindestsicherungssätze verlangt haben und die Stadtregierung (trotz bundesgesetzlichen Vorgaben) problemlos höhere Mindestsicherungssätze und deren 14xige Auszahlung beschließen könnte.

Seltsam ist auch, dass grüne und sozialdemokratische PolitikerInnen darauf hinweisen, dass der Bezug der Mindestsicherung "an strenge Auflagen gebunden (ist): BezieherInnen der Mindestsicherung müssen jede zumutbare Beschäftigung annehmen, ihr Auto veräußern, außer es wird beruflich gebraucht und sie dürfen nicht mehr als 4.000 Euro am Konto haben." Da wundert es dann auch nicht mehr, dass "jährlich 28.000 Sperrmeldungen vom Arbeitsmarktservice AMS an das Magistrat (ergehen)."

Ad acta gelegt haben die Grünen auch die Öffnung der Gemeindebauten für Menschen ohne österreichische Staatsbürgerschaft und eine demokratische Wahlrechtsreform, obwohl dies sogar per Notariatsakt 2010 versprochen worden war.

Aufgrund der skizzierten Versäumnisse der blass-rot/zart-grünen Stadtregierung, aufgrund unseres Engagements und nicht zuletzt aufgrund der Ergebnisse bei der Nationalratswahl 2013 gehen wir davon aus, dass ein sehr, sehr gutes Wahlergebnis für die KPÖ möglich ist. Mit den Resultaten der NR-Wahl 2013 hätten wir in Wien 10 Bezirksratsmandate – was eine bemerkenswerte politische Stärkung unserer Positionen bedeuten würde und zudem unsere finanziellen Möglichkeiten bedeutend verbessern würde.

Wien braucht eine starke Opposition – auch im Rathaus

In der Steiermark hat es die KPÖ im Jahr 2005 geschafft mit 6,3 Prozent in den Landtag einzuziehen, nachdem bei der Wahl zuvor nur 1 Prozent der gültigen Stimmen auf die KPÖ entfallen waren. Auch dieses Beispiel beweist wie schnell und für viele unerwartet sich Dinge qualitativ ändern können.

Der Einzug der KPÖ in den Wiener Gemeinderat ist kein Ding der Unmöglichkeit – zugleich übersehen wir nicht die medialen, finanziellen und demokratiepolitischen (5 % Sperrklausel) Hürden mit welchen die etablierten Kräfte dies verhindern wollen.

Zudem fragen wir KommunistInnen uns immer wie wir am besten und effektivsten zur Formierung von Widerstand gegen die neoliberale Demontage von Sozialstaat und Demokratie beitragen können. Daher übersehen wir auch nicht, dass die Wahl-Allianz EUROPA ANDERS viel Zustimmung bei fortschrittlichen Menschen erfahren hat und EUROPA ANDERS zugleich gezeigt hat, dass eine Kooperation über Parteigrenzen hinweg, sofern inhaltliche Gemeinsamkeiten und der Wille zur Kooperation in den Vordergrund gestellt werden, möglich ist. Erfreulich war auch das Wahlergebnis, denn EUROPA ANDERS hat mit dezidiert linken Positionen 4 Prozent in Wien erreicht. Dies zeigt, dass eine glaubwürdige Wahl-Allianz den Sprung über die undemokratische 5 % Hürde schaffen könnte und ein Einzug in den Wiener Gemeinderat möglichen wäre. Gelingt dies, so wäre damit eine grundlegende Änderung der politischen Kräfteverhältnisse in Wien Realität. Endlich wäre auch im Rathaus der Platz der linken Opposition besetzt - von einer Opposition, "die Drinnen kundtut, was die Menschen draußen denken und die Draußen darüber informiert, was im Rathaus vorgeht".

Von zentraler Bedeutung für uns Kommunisten und Kommunistinnen ist - egal ob wir als KPÖ mit einer offenen Liste oder ob wir im Rahmen einer Wahl-Allianz kandidieren - das konkrete Wahlprogramm, in dem soziale Fragen wie Wohnen und leistbare Öffis, aber auch Fragen der Demokratie und der Transparenz wie auch die Frage der noch immer existierenden Benachteiligung und Diskriminierung von Frauen sowie der gleichen Rechte für alle Menschen, die in Österreich leben, im Mittelpunkt stehen müssen.

Kandidieren wir im Rahmen einer Wahl-Allianz so ist zudem von Bedeutung, inwiefern für die WählerInnen sichtbar ist, wer mit wem für welche Anliegen und Forderungen aktiv wird. Eine dem Stärkeverhältnis der Partner entsprechende Berücksichtigung von KPÖ-AktivistInnen als KandidatInnen erachten wir als Selbstverständlichkeit. Zudem braucht es klare Vereinbarungen bzgl. "wie fallen Entscheidungen" (im Wahlkampf und danach) und zur Frage "wie werden finanzielle Mittel" (im Wahlkampf und danach) verwendet.

Weiters halten wir nochmals fest: Selbst wenn der Einzug in den Wiener Gemeinderat, welcher greifbar ist, nicht realisierbar wäre, könnte eine Wahl-Allianz bedeutendes für die

Bildung eines „neuen politischen Subjekts“ in Österreich leisten. Über konkrete Zusammenarbeit im Wahlkampf und in der Tagesarbeit danach könnten alle Beteiligten unter Beweis stellen, wie Einheit in der Vielfalt möglich ist. Es ist zwar davon auszugehen, dass die Arbeit in den Bezirksvertretungen auch viel Konfliktpotential in sich hätte – zugleich könnten alle Beteiligten jedoch praktisch unter Beweis stellen, dass bei den zentralen Fragen gemeinsam an einem Strang gezogen wird.

Ziel einer Wahl-Allianz, die wir wünschen, muss sein, einen realpolitisch nicht wegzuleugnenden Faktor links von SPÖ und Grünen zu schaffen, denn nur so sind fortschrittliche Positionen (egal um welches Themenfeld es sich handelt) nicht vom Goodwill von Häupl, Vassilakou und Co abhängig. Ziel einer Wahl-Allianz muss es sein, die zehntausenden Menschen in Wien, die keine Wahl-Alternative sehen, davon zu überzeugen, dass Veränderung nicht nur notwendig, sondern möglich ist. Die Zeit ist reif für eine grundlegende Veränderung – auch und insbesondere in Wien.